ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Ortlieb, Heinz-Dietrich

Article — Digitized Version

Reformen + Demokratisierung = ?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Ortlieb, Heinz-Dietrich (1969) : Reformen + Demokratisierung = ?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 49, Iss. 12, pp. 675-676

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/134043

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Reformen + Demokratisierung =?

Das Jahr 1969 hat die große Wachablösung in Bonn gebracht, die nicht nur von den Sozialdemokraten, sondern auch von manchem engagierten Demokraten außerhalb dieser Partei für dringend geboten angesehen worden war. Der Austausch von Regierung und Opposition verlief infolge des Ausgangs der Bundestagswahl nicht so glatt, wie es sich Liebhaber eindeutig gesicherter Verhältnisse gewünscht hätten. Das ist besonders im Hinblick auf die immer schwieriger werdenden Reformvorhaben, vor denen die neue Regierung steht, bedauerlich. Denn das Erbe, das sie übernahm, ist mit einer hohen Hypothek belastet. Wie hoch sie ist, ließ die Regierungserklärung des neuen Bundeskanzlers erkennen, obwohl seine Ausführungen optimistischer und gegenüber dem ehemaligen Koalitionspartner konzilianter ausfielen, als die Verhältnisse es verlangt hätten. So mag der idealistische Mut Willy Brandts, die notwendigen schwierigen Reformen mit der Demokratisierung unserer Gesellschaft verbinden zu wollen, teils Bewunderung, teils Bestürzung auslösen. „Wir wollen mehr Demokratie wagen", so sagte er. „Mitbestimmung, Mitverantwortung in den verschiedenen Bereichen unserer Gesellschaft wird eine bewegende Kraft der kommenden Jahre sein. Wir können nicht die perfekte Demokratie schaffen. Wir wollen eine Gesellschaft, die mehr Freiheit bietet und mehr Mitverantwortung fordert."

Ein solches Vorhaben hängt nicht nur von der Bundesregierung ab. Fähigkeit und guter Wille aller „repräsentativen Gruppen", an die der Appell gerichtet war, müssen ebenfalls vorhanden sein. Sonst könnte Brandts fordernde Feststellung „Unser Volk braucht wie jedes andere seine innere Ordnung. In den siebziger Jahren werden wir aber in diesem Lande nur so viel Ordnung haben, wie wir an Mitverantwortung ermutigen" nur allzu rasch eine düster prophetische Sinnwandlung erfahren. Wer sich bei uns umsieht, wird den Glauben eines idealistischen Menschenfreundes, der aus den Worten des Bundeskanzlers sprach, nicht ohne weiteres teilen.

Wahrscheinlich wird schon die wirtschaftliche Entwicklung des nächsten Jahres den Testfall dafür liefern, ob es möglich sein kann, der Reformen, von denen jedermann spricht und die jeder anders versteht, mit mehr Freiheit und Mitverantwortung aller Beteiligten Herr zu werden. Der Jahresbericht, den der Sachverständigenrat soeben vorgelegt hat, spricht von der Notwendigkeit, die überschäumende Konjunktur im kommenden Jahr mit Hilfe einer „Strategie der präventiven Einkommenssicherung" in den Griff zu bekommen. Eine „Strategie des Konflikts" verspräche dagegen der Arbeitnehmerschaft insgesamt keine Vorteile. Die Gewerkschaften müßten sich deshalb damit begnügen, die Verteilungsproportionen der Jahreswende zu stabilisieren. Dies wäre allerdings nur zumutbar, wenn die Unternehmer darauf verzichteten, durch Preissteigerungen die Gewinnmargen von 1969 wieder erlangen zu wollen. — Schon zeigen die ersten Reaktionen der Sozialpartner auf diesen Bericht, daß keiner der Beteiligten sich Beschränkungen auferlegen lassen will. Bleibt man bei dieser Haltung, so wird „dem Staate" allein überlassen sein, das Notwendige zu tun.

Das würde bedeuten, daß für absehbare Zeit Bundesbank und Bundesregierung den Fuß auf der Konjunkturbremse halten müssen, weil die Sozialpartner nicht vom Gashebel lassen wollen. Aus den Erfahrungen vergangener Jahre sollten aber die Beteiligten wissen, daß die Mittel der Bundesbank, wenn sie wirksam werden, allzu leicht eine neue Rezession heraufbeschwören. Sie sollten außerdem wissen, daß, wenn der Staat durch Ausgabenkürzungen inflatorischen Tendenzen gegensteuern muß, dies unvermeidlicherweise zu Lasten jener öffentlichen Investitionen gehen wird, welche die finanziellen Voraussetzungen der Reformen ausmachen. Im gleichen Zuge auch noch die Vermögensbildung der unteren Einkommensgruppen fördern zu wollen, hieße vollends die gegebenen Möglichkeiten überschätzen; und gerade dieses Ziel ist bezeichnenderweise dasjenige, über das sich Regierung und Opposition mit Rücksicht auf die Stimmung im Lande am ehesten einig sind.

Schon das Beispiel der Wirtschaftspolitik lehrt also, daß mit der Bereitschaft, das Notwendige freiwillig zu tun, kaum gerechnet werden kann, weil kein gegenseitiges Vertrauen vorhanden ist. Die Verunsicherung durch wachsendes Mißtrauen hat in den letzten Jahren überall in unserer Bundesrepublik zugenommen; nicht nur in der Wirtschaft, auch in allen anderen Bereichen unserer Gesellschaft, wo mit den Reformen Interessengegensätze berührt werden. Das ist nicht nur gleichzeitig Ursache und Folge eines Mangels an Gemeinsinn. Es liegt ebensosehr an der Schwierigkeit der Aufgabe, bei einer sich immer rascher wandelnden Umwelt gleichzeitig in fast allen gesellschaftlichen Bereichen Reformen durchführen, sie aufeinander abstimmen und — da alles auf einmal über die Kräfte gehen würde — eine Dringlichkeitsskala aufstellen und durchsetzen zu müssen. Die auch nur annähernd befriedigende Lösung eines solchen Aufgabenkomplexes verlangt selbst von erfahrenen Politikern und Fachleuten einen Aufwand an Intelligenz, Konzentration und Verständigungsbereitschaft, der sie an die Grenzen des Möglichen bringt. Außerdem verlangen vernünftige Lösungen in der Regel den Mut, unpopulär zu handeln. Es ist daher schwer zu verstehen, daß eine Regierung ausgerechnet in einer Situation, die sie vor solche Probleme stellt, es obendrein zu ihrer vornehmsten Aufgabe macht, gleichzeitig den Demokratisierungsprozeß voranzutreiben. Denn Demokratisierung — was immer man darunter im einzelnen verstehen mag — bedeutet stets, daß noch mehr Menschen als bisher mit ihren partiellen Interessen, Voreingenommenheiten und ihrem mangelnden Sachverständnis mitreden, ja mitentscheiden sollen, daß sie billigen sollen, was sie häufig ganz und gar nicht mögen.

Heißt das nicht, unsere ungelösten Aufgaben noch unlösbarer zu machen? Muß nicht der Verdacht aufkommen, daß dies nur eine sich „idealistisch" gebärdende Variation jener Gefälligkeitsdemokratie ist, an der die CDU-Regierung einstmals scheiterte? Oder weicht man gar in den Demokratismus aus, weil man sowieso nicht weiß, wie man mit der Koordination der Reformen fertig werden soll?

Wie teuer uns die Verbindung von Reform eines Sachbereiches und Demokratisierung zu stehen kommt, lassen bereits die bisherigen Erfahrungen mit der Hochschulreform erkennen. Wo neue Hochschulgesetze mit der Demokratisierung begonnen haben, sind nicht unbeträchtliche zusätzliche finanzielle Aufwendungen des Staates notwendig geworden. Die Leistungsfähigkeit dieser Hochschulen hat jedoch eher ab- als zugenommen. Die bisher vernachlässigte, aber viel wichtigere Studienreform und die Verbesserung der Lehrkörperstruktur sind obendrein mit der Demokratisierung in ein Fahrwasser geraten, das nur dazu führen kann, unserer Wirtschaft und Gesellschaft in Zukunft nicht bessere, sondern schlechtere Experten und Führungskräfte als bisher zur Verfügung zu stellen. Daß dies in zunehmendem Umfang empirisch nachweisbar ist, wird an der Fehlentwicklung so lange nichts ändern, als Demokratisierung unbesehen mit Fortschritt gleichgesetzt wird, und so lange sich das, was an den reformierten Hochschulen geschieht, hinter dem Vorhang ihrer Autonomie und der schönfärbenden Berichterstattung unserer Presse verbirgt.

So wie die Dinge liegen, dürften Regierung und Parlament an eine intensivere Demokratisierung unserer Gesellschaft erst denken, nachdem sie die wichtigsten und schwierigsten Reformen hinter sich gebracht haben und nachdem gleichzeitig einiges geschehen ist, um die Fans der Demokratismus-Mode in allen Jahrgängen begreifen zu lassen, daß viele von ihnen nur deshalb nach mehr Demokratie rufen, weil sie selbst schlechte Demokraten sind. Denn gute Demokraten sind dadurch gekennzeichnet, daß sie erst dann miturteilen und mitentscheiden wollen, wenn sie sich die Voraussetzungen dafür beschafft haben. Wenn Regierung und Parlament glauben sollten, daß Menschen, bloß weil sie Mitbestimmung verlangen, bereits in der Lage sind, sie richtig zu handhaben, dann ist dies ein gefährlicher Irrglaube. Ein solcher Glaube muß unweigerlich dahin führen, daß wir am Ende der siebziger Jahre noch dringlichere Reformen als heute vor uns haben, die Demokratie aber inzwischen hinter uns.

Heinz-Dietrich Ortlieb